

Dies ist ein Textauszug aus dem Buch „China – ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht“ (VSA-Verlag 2009). Das Buch befasst sich in seinem ersten Teil mit Ökonomie und Politik im maoistischen, in seinem zweiten mit dem heutigen, kapitalistisch gewendeten China. Der folgende Textauszug befasst sich damit, wie die Chinesen heute über ihre Gesellschaft und ihren Staat nachdenken:

Politisches Bewusstsein

Westliche Beobachter stellen immer wieder mit Bedauern fest, dass das chinesische Volk sich trotz aller materiellen Probleme, die es zu bewältigen, trotz aller gesellschaftlichen Ungleichheit, die es moralisch zu verarbeiten, und auch trotz aller behördlich-politischen Schikanen, die es zu erdulden hat, mehrheitlich *einig* weiß mit seiner politischen Führung. Eine Erklärung für diesen in der Tat bemerkens- und erklärenswerten Sachverhalt liefern sie auch: Für dieses Verhalten kann nur ein höchst fragwürdiger *Nationalismus* verantwortlich sein.

Es ist interessant, wie hellichtig diese Leute sein können, wenn sie aus Ländern berichten, die ihnen nicht genehm sind. Da fällt den Profis in Sachen Weltbeobachtung glatt auf, was sie sonst eher selten und in ihren Heimatländern schon gar *nicht* feststellen können: Menschen, die nicht Nutznießer der ökonomischen und politischen Verhältnisse sind, in denen sie leben, stehen »trotzdem« zu ihrer Regierung und »lieben« erklärtermaßen und sogar ziemlich fanatisch die Nation, die ihnen doch ihr schäbiges Leben einbrockt. Den Nationalismus, den sie bei *chinesischen* Menschen im Unterschied zu anderen dieser Spezies also spielend dingfest machen, stellen sich die westlichen Journalisten andererseits ziemlich sonderbar vor. Weil sie selbst der Ansicht sind, dass der chinesische *Staat* die Zustimmung seines Volks *nicht verdient* – hier äußert sich übrigens nichts anderes als ihr *eigener* Nationalismus, i.e. ihre Loyalität zu dem Staat, in dessen Herrschaftsgebiet es sie verschlagen hat und dessen innen- wie außenpolitische Ansprüche, Sorgen, Standpunkte sie parteilich nachempfinden –, können sie sich gar nicht vorstellen, dass ein einfacher chinesischer Untertan es in *diesem* Land mit *dieser* Herrschaft aushält. Eigentlich, so denken sie, müsste hier ein Volk kurz vor der Revolte stehen, tut es dann doch aber nicht. Warum nicht? Weil das totalitäre Regime seine Massen mit nationalistischer Ideologie überschüttet und damit von dem ablenkt und abbringt, was eigentlich naheliegt: Kritik an den Verhältnissen zu üben.

Zwar ist es schon ein wenig widersprüchlich anzunehmen, ein Staat könne mit Goldmedaillen, geschickt dosiertem Antiamerikanismus etc. Menschen nationalistisch einwickeln, die sich gerade Widerstand gegen ihn auf die Fahne geschrieben haben. Was sollte die an den Erfolgen eines Staates beeindrucken, den sie doch gerade abschaffen wollen? Die Vorstellung, dass sich die Chinesen zum Nationalismus verleiten lassen, *statt* zu protestieren, verrät aber, dass ihre selbsternannten westlichen Betreuer sehr ungeniert der Idee anhängen, dass man *Massen* nach Belieben *manipulieren* könne. Im Falle Chinas *ärgern* sie sich zwar darüber, dass die (angebliche) Manipulation funktioniert; aber genau damit gestehen sie ein, dass es ihnen im Prinzip enorm *einleuchtet*, wenn eine Staatsmacht ihre Untertanen mit Demonstrationen staatlichen Erfolgs – weltpolitisch genauso wie auf der Ebene extra dafür veranstalteter Sportereignisse – beeindruckt und begeistert.

Wahr an dieser Wunschvorstellung manipulativer Lenkung ist lediglich, dass man nationale Gefühlswallungen *anfachen* kann – genau das wollen die Staaten, die so etwas veranstalten oder ihre Sportler dorthin schicken, ja auch, ob in Deutschland bei der WM oder in Beijing bei der Olympiade. Dies unterstellt allerdings immer, dass es die *Gefühle*, die man in patriotische Wallungen versetzen will, bereits *gibt*.

So verhält es sich auch in China: Das Volk steht auch dort in seiner großen Mehrheit loyal zu seiner Führung und patriotisch zu seiner Nation – *erklärenswert* ist das allemal, auch wenn sich die Haltung dieses Volks, die man durchaus zu Recht als Nationalismus kennzeichnen kann, in *nichts* von anderen Völker unterscheidet. Wie alle Völker nämlich behandelt auch das chinesische des Jahres 2009 das, was ihm seine Führung ökonomisch und politisch auferlegt, schlicht als die alternativlose, quasi-natürliche *Bedingung*, unter der es sein Leben zu führen hat. Es streckt sich nach der Decke – und wenn das jetzt unter den Vorzeichen einer »kapitalistischen Marktwirtschaft« zu passieren hat statt wie früher unter dem »Banner des Sozialismus«, dann tut es das in beiden Fällen in durchaus ähnlicher Manier: Angesichts eines Programms, das *getrennt* von ihm beschlossen wird, sucht es *damit* zurechtzukommen und für sein privates Leben das Beste daraus zu machen. Auf diese extrem unspektakuläre Art, schlicht indem es *mitmacht*, was

verlangt oder auch nur rechtlich erlaubt wird, setzt ein Volk – in diesem Fall das chinesische – ganz grundsätzlich die Berechnungen seiner *Herrschaft* in Kraft: Es arbeitet auf den Feldern und in den Fabriken, es zahlt Steuern und zieht seine Kinder groß, es lässt sich verwalten und stellt im Ernstfall Soldaten, die die Nation und ihr Territorium bzw. ihre Ansprüche verteidigen. So funktioniert der *Dienst* des Volks an der Nation in seinem ganz *elementaren Sinn* – also lange, bevor »Hurra« gerufen oder mit einer Fahne gewedelt wird; und so funktioniert er auch gerade dann, wenn die Menschen das, was sie tun, für ihr ganz *privates* Leben halten, in dessen Intimsphäre kein Staat etwas zu suchen hat.

Zu dieser meist ganz *ohne bewusste* Entscheidung, allein durch die Bewältigung des eigenen Alltags stattfindenden *praktischen Loyalität* gegenüber der Staatsgewalt, auf deren Territorium jemand zufällig das Licht der Welt erblickt hat, tritt eine zweite *explizite Loyalität hinzu*. Dass sie in allen möglichen Fragen *abhängig* sind von der *überlegenen Macht*, die eine staatliche Herrschaft allemal auszeichnet, nehmen Völker wie einen guten Grund dafür, sich *positiv* zu dieser Macht zu stellen. Sie begreifen den Umstand, dass sie dieser Macht alternativlos *unterworfen* sind, als quasi natürliches Verhältnis wechselweisen *Schutzes* und Aufeinander-Angewiesenseins. Sie denken (und handeln) darin in etwa wie Kinder, die ihre Eltern, von denen ihr Leben sehr elementar abhängt, auch dann lieben, wenn sie von ihnen weder sonderlich gut behandelt noch zurückgeliebt werden. Ganz analog halten Angehörige eines Volks die *besondere* Herrschaft, der sie durch den Zufall ihrer Geburt *unterworfen* sind, für etwas, was ihnen nahe steht und ihnen – im Unterschied und im Gegensatz zu *anderen* Herren in dieser Welt – *entspricht*.

Auch die chinesischen Menschen begreifen sich zumindest mehrheitlich auf Basis dieses Gedankens als nationales *Kollektiv*. Praktisch setzt ihr Staat sie heute in ein allseitiges Verhältnis der ökonomischen Konkurrenz, produziert jede Menge Unterschiede und Gegensätze zwischen ihnen. Als *politisch* denkende Bürger begreifen sie sich dessen ungeachtet als Teil eines Ganzen, zu dem alle gehören, die der Herrschaftsanspruch ihres Staates umfasst: Nutznießer und Geschädigte, Herrscher wie Beherrschte. Materielle Unterschiede und Gegensätze, oben und unten – all das spielt keine Rolle, wenn in dieser Art gedacht und nur das große »*Wir*« gesehen wird. Weil sie sich von ihrer Staatsgewalt praktisch in vielfacher Weise, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, abhängig wissen, wünschen sie ihr und ihren Vorhaben prinzipiell gutes Gelingen. So teilen sie als Staatsbürger ideell den Standpunkt ihrer Herrschaft, dass das Funktionieren des »großen Ganzen« sich nach innen gegen die vielen privaten Egoismen und nach außen gegen konkurrierende Nationen durchsetzen muss.

Ausgerechnet ihre vollständige Unterordnung unter eine Macht, die mit Vorschriften und Vorgaben die Bedingungen ihres Lebens setzt, ist die objektive Grundlage für den Fehler von Leuten, sich als Volksangehörige mit all dem zu arrangieren und sogar zu identifizieren; und mit dieser affirmativen Einstellung zu ihrem Untertanendasein machen sie das Herrschaftsverhältnis erst so richtig stark und stabil. Mündige Staatsbürger sehen das allerdings ein wenig anders. Sie halten es normalerweise für eine absolute, nicht weiter zu hinterfragende, geschweige denn kritikable *Selbstverständlichkeit*, Deutsche, Franzosen, Chinesen zu sein und sich als solche »zu fühlen«. Danach gefragt, was der Inhalt ihres »Nationalgefühls« ist, wissen sie zwar oft nicht viel zu sagen. Das macht aber nichts, denn zwei Grundelemente reichen völlig hin: Erstens der durch nichts zu erschütternde Eindruck, dass man im eigenen Staat allemal besser aufgehoben ist als in einem fremden – ein Eindruck, den man sich an den Bewohnern fremder Herrschaftsgebiete mit ihrem eigentümlichen Aussehen, ihren merkwürdigen Sitten und ihrem fragwürdigen Geschmack jederzeit unschwer verdeutlichen kann. Und zweitens die Freiheit, sich für die besondere Vorzüglichkeit der eigenen Nation eine passende *Bebilderung* vorzustellen – Heimat (in der man seine Kindheit verlebt hat), Landschaft, Kultur (Dichter und Denker) oder auch Lebensart (Frühlingsfest), so dass einem irgendwie warm ums Herz wird. *Womit* man sich auf dieser Vorstellungs- und Gefühlsebene alles gemein macht und *was* man sich damit alles einhandelt, wenn man als national denkender Zeitgenosse in die Pflicht genommen wird, daran darf man keinen Gedanken verschwenden; das wäre »zersetzend«. Außer linken Skeptikern fragt danach aber sowieso niemand, weil im Grunde alle das seltsam abstrakte Gefühl, das einen Menschen, der einer *Gewalt* unterworfen ist, mit dieser und mit allen anderen, die im selben Verhältnis zu ihr stehen, *zusammenschließt*, für etwas ganz und gar Normales halten.

In dieser Art und Weise sind also auch Chinesen in ihrer übergroßen Mehrheit *ganz normale Nationalisten*. In ihrem Leben befolgen sie die Vorgaben ihrer chinesischen Herrschaft und verhelfen damit ihrem Staat zu mehr Mitteln: Sie arbeiten an seiner Exportbilanz mit, sie zahlen ihm Steuern, sie sorgen für eine nächste arbeitswillige und -fähige Generation und sie denken und fühlen als chinesische Patrioten. Und tatsächlich unterstützt der chinesische Staat sein Volk bei dem, was es (auf Basis seiner pro-marktwirtschaftlichen Grundentscheidung) zu tun hat – das ist schließlich Interesse und Aufgabe einer Regierung, die will, dass die Reichtumsvermehrung auf ihrem Territorium funktioniert und wächst. Das

heißt zwar überhaupt nicht, dass die Politiker einem größeren Teil ihrer Untertanen dazu verhelfen, dass *deren* Lebenspläne aufgehen. Aber die chinesische Staatsgewalt erweist sich dauernd und in allen möglichen Lebenslagen als unumgängliche und notwendige *Bedingung* dafür, dass private Interessenverfolgung überhaupt stattfinden kann: Mit ihrem Arbeitsrecht sorgt sie für mehr Sicherheit bei den Wanderarbeitern, die ihren Lohn von den Unternehmen wollen; mit ihren staatlichen Aufkaufpreisen sorgt sie für eine gewisse materielle Existenzsicherung der Bauern; mit Straßen und Bussen sorgt sie in den Städten dafür, dass die Leute zur Arbeit kommen usw. usf.

Auf dieser Basis deuten die chinesischen Menschen – wie auch sonst in der Welt üblich – all das, was sie stört und ihr Leben beeinträchtigt, als *Versäumnis* oder Fehler ihrer Regierung. Sie drehen das wirkliche Verhältnis – eine Herrschaft organisiert das Leben ihres Volks so, dass *ihre* staatlichen Mittel möglichst größer werden – ideell um: Für sie hat »ihr Staat« die Aufgabe, sich um die Sorgen des Volks zu kümmern. Chinesische Menschen messen ihre Politiker daran, ob sie eine gute, fürsorgliche Herrschaft auf die Beine stellen, nehmen zu ihr also ein ganz unangebracht *zutrauliches* Verhältnis ein – und zwar auch und gerade dann, wenn sie sich ärgern und *beklagen*, dass ihnen in ihrem Alltag Unrecht geschieht. Sogar wenn deutlich wird, dass das mitnichten nur in Einzelfällen passiert, sondern sich Millionen geschädigt und unter wenig hoffnungsvolle Perspektiven gesetzt sehen – auf ein zugrunde liegendes *Prinzip*, auf den notwendigen Gegensatz von oben und unten, wollen sie nicht schließen. Stattdessen hofft jeder für sich, dass es doch irgendwann und irgendwo *gerecht* zugehen muss – bei der nächst höheren Stelle, der er seine Bitten vorträgt, oder schlussendlich wenigstens bei der Regierung in Beijing.

Die Führung in Beijing kann einerseits mit diesem generellen Vertrauen ihres Volks ganz gut leben. Auf Basis der Freiheit, die ihr die praktische Loyalität ihrer Massen verschafft, kann sie die jeweils nächsten Schritte ihrer Systemtransformation in Angriff nehmen. Andererseits weiß sie, dass die Modernisierung ihrer Nation in dieser Beziehung durchaus einiges in Frage stellt und durcheinander bringt – und zwar umso heftiger, je mehr im Zuge der Reformen alte Besitzstände attackiert werden – etwa die lebenslangen Arbeitsplatzgarantien in den industriellen Zentren der Mao-Ära oder die materiellen Privilegien der staatlichen Funktionäre und der Volksbefreiungsarmee zu Beginn der Reformzeit. Deshalb hält sie eine den »Erfordernissen der Zeit« angemessene *geistig-moralische* Betreuung ihres Volks für nötig und tut von sich aus einiges dafür:

- Sie bietet sowohl ihren Parteimitgliedern wie dem gesamten chinesischen Volk eine ständig aktualisierte *Interpretation* der eigenen Zeitgeschichte, um das, was das chinesische Volk in den letzten 60 Jahren an ökonomischen und politischen Wendungen zu bewältigen hatte, zeitgemäß zu verarbeiten: eine sozialistische Revolution im Namen der unterdrückten und ausgebeuteten Arbeiter und Bauern, maoistische Massenkampagnen und eine Wende zur kapitalistischen Marktwirtschaft; erbitterte Feindschaft gegen den Imperialismus, vor allem in Gestalt seiner amerikanischen Vormacht, und ein Einstieg in die globale Weltordnung; von der ökonomischen Abschottung gegen den Rest der Welt hin zu einer der weltgrößten Exportnationen, von egalitärer Armut zu einer Klassengesellschaft. Die chinesische Führung versucht dabei das kleine Kunststück, einerseits Kontinuität zu ihrer »sozialistischen Etappe« zu wahren und andererseits die Änderungen, die sie auf die Tagesordnung setzt, als unumgänglich zu rechtfertigen.

a) Es gibt keinen Bruch und auch keine Abrechnung mit dem Kommunismus und der Person Mao Zedong. Das chinesische Volk soll Mao als den Staatsgründer in Erinnerung behalten, der die Nation von ihrer schmachvollen Unterlegenheit gegenüber den imperialistischen Staaten befreit, das Land geeint und die praktischen Schritte für seinen Wiederaufstieg eingeleitet hat. Dass er dabei über das Ziel hinausgeschossen ist und dem Land mit seinem Großen Sprung, vor allem aber der Kulturrevolution schweren Schaden zugefügt hat, bewerten seine Nachfolger *summa summarum* und chinesisch-pragmatisch mit einem Nutzen-Schaden-Verhältnis von »70 zu 30«. Eine Totalrevision der kommunistischen Geschichte in der Art, wie in und nach der Gorbatschow-Ära mit Stalin und auch Lenin verfahren wurde, lehnt die kapitalistisch gewendete chinesische KP ab und nennt sich selbstbewusst weiterhin »kommunistisch«, auch wenn die geistigen Vordenker der Partei der Ansicht sind, dass eine Namensänderung in »Sozialdemokratische Partei« längst angebracht wäre.

b) Ganz ähnlich verfährt die KP mit ihrem geistigen Erbe, dem Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen. Alle späteren Parteiführer, Deng Xiaoping ebenso wie Jiang Zemin und inzwischen Hu Jintao, legen Wert darauf, sich in die Reihe großer marxistischer Theoretiker einzureihen – ganz gleichgültig, wie wenig das zu dem polit-ökonomischen Programm passt, das die Nation inzwischen hat. Insofern hat es einerseits etwas wirklich Skurriles, wenn Jiang Zemin mit der »Theorie der Drei Repräsentationen« in gut sino-marxistischem Vokabular erklärt, dass auch kapitalistische Unternehmer

Aufnahme in die KP finden müssen oder Hu Jintao angesichts der heutigen Widersprüche zwischen arm und reich, der bäuerlichen Verelendung und gravierender Umweltschäden, die die kapitalistische Benutzung des Landes hinterlässt, zu einer »wissenschaftlich abgeleiteten Politik« aufruft. Die Interpretationsangebote, die die Partei ihrem Volk damit unterbreitet, haben allerdings zwei keineswegs unwichtige Funktionen: Sie dienen der Einheit im Innern der Nation, denn sie sind die fällige ideologische Verbeugung, die die reformorientierte Parteispitze vor ihren »Alten« macht. Den treuen Kadern der ersten Tage und den im Sinne guter kommunistischer Moral erzogenen Anhängern wird auf diese Art und Weise versichert, dass die jetzigen Führer zwar anders, im Prinzip aber doch noch immer im alten Geist denken, also keine nachträgliche Entwertung des politischen Lebens und Kämpfens von Millionen beabsichtigt ist, die Anlass zu Verbitterung geben könnte. Sie enthalten zweitens eine Botschaft nach außen: Dem westlichen Ausland teilt China mit dem Festhalten an seiner kommunistischen Etikette mit, dass es – allen Demokratisierungsforderungen zum Trotz – seine Geschicke ganz autonom bestimmt und sich darin von nichts und niemandem beirren lässt (auch das ein Punkt, mit dem die Führung bei den Parteiveteranen Eindruck macht).

Darauf, dass sie mit ihren ideologischen Bemühungen im Vergleich zu den Tagen ihrer politischen Kampagnen immer weniger ernst genommen wird, reagiert die KP mit dem Bemühen, sich selbst neu im Volk zu verankern. Sie versucht, sich den Umstand, dass für die privat-egoistischen Interessen und Karrierebedürfnisse kein Weg an ihr und ihren Seilschaften vorbeiführt, zunutze zu machen, um damit die künftig entscheidenden Teile ihrer Gesellschaft, ökonomische wie intellektuelle Elite, für die staatsbürgerlich-sozialen Gesichtspunkte zu gewinnen, die ihr wichtig sind.

c) Mit der genialen Floskel, dass die KP am Aufbau des Sozialismus festhalte, allerdings inzwischen eingesehen habe, dass es dafür noch etwa hundert Jahre Entwicklung der Produktivkräfte brauche, hat sich die chinesische Führung zudem so etwas wie eine Generalabsolution für alle praktischen Härten geschaffen. Die funktioniert ungefähr so wie hierzulande das Stichwort »Globalisierung«: Die Regierung in Beijing ist von den allerbesten Absichten beseelt, sieht sich aber mindestens ebenso vielen »Problemen« und »Zwängen« gegenüber – mit denen sie natürlich wenig bis gar nichts zu schaffen hat...

- Angesichts der Härten, die das kapitalistische Leben ihm beschert, entwickelt das chinesische Volk ein neues *Sinnbedürfnis*. Mit ihrer Reformpolitik hat die Partei viele Menschen in eine Lage gebracht, in der sie nicht nur neue Formen des Elends auszuhalten haben, sondern in denen ihnen dafür die Mittel fehlen und sie sich unberechenbaren Kräften ausgeliefert sehen. Ebenso wenig wie die demokratischen Untertanen des Westens lehnen sie sich dagegen auf. Stattdessen *hoffen* viele von ihnen auf höhere Mächte und suchen *Trost*. Das gefällt der KP zwar nicht – schließlich will sie auch weltanschaulich noch immer ein Angebot für ihr Volk darstellen. Trotzdem hat sie *Religionsfreiheit* inzwischen offiziell zugestanden. Alle möglichen Sekten versuchen seitdem, sich in der Volksrepublik wieder oder neu breitzumachen, mit mehr oder weniger Erfolg.

Die Ausbreitung der Falun Gong-Sekte, die inhaltlich kein anderes Angebot an Sinnsuchende zu machen hat als andere religiöse Vereine auch, hat die chinesische Regierung allerdings für unzulässig erklärt, weil ihr die vehemente Ausbreitung und praktischen Fortschritte dieses Vereins bedenklich vorkommen.

Offizielle Grundlage der chinesischen Religionspolitik ist bis heute das Dokument Nr. 19 aus dem Jahr 1982: »Inhaltlich resümiert das Papier die Konsequenzen fehlgeleiteter Religionspolitik zu Zeiten der Kulturrevolution, welche die Kluft zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen vertieft habe, mithin die nationale Einheit gefährde. Des Weiteren müsse man zu der Einsicht gelangen, dass Religion kein kurzlebiges historisches Phänomen sei. Denn selbst mit der vollzogenen Abschaffung des feudalen Unterdrückungssystems werde noch mit der Präsenz religiöser Manifestationen zu rechnen sein, da altes Denken und alte Gewohnheiten nur langsam auszumerzende Faktoren in der menschlichen Konstitution seien. Darum müsse im Interesse der nationalen Einheit und zur weiteren Annäherung der religiösen und atheistischen Bürger eine Religionspolitik betrieben werden, die bis zum Zeitpunkt des historischen Verschwindens religiöser Bedürfnisse und Aktivitäten konstruktiv ein Zusammenleben beider Gruppen fördere. Dies sei mit bloßer Repression nicht zu verwirklichen. Die politische Macht des sozialistischen Staates solle nicht dazu missbraucht werden, Religion zu fördern oder zu verbieten, solange es sich um »normalen« religiösen Glauben und dessen Ausübung handele. (...) Als »normal« gelten religiöse Aktivitäten dann, wenn die Partei in ihnen keine Gefahr für nationale und ethnische Einheit sowie für soziale Stabilität vermutet.«

Hetmanczyk 2007: 81f.

Für Religion an und für sich hat die KP also nach wie vor nichts übrig, Staats- und Parteichef Hu Jintao sagt »We communists are materialists. We have no religious belief.« (ebd. 78) Weil sie aber eine Welt einrichten, in der immer mehr Menschen sich dem Lauf der kapitalistischen Konkurrenz ohnmächtig ausgeliefert sehen, verschwinden die Gründe für einen Glauben an höhere Mächte nicht nur nicht aus ihrem modernen China, sondern nehmen stetig zu. Und mit der systemstabilisierenden Wirkung des Glaubens können diese Kommunisten dann doch allerhand anfangen: »Rather, we should strive to enable the existing religions to bring into play their positive factors and provide as much service as possible for the reunification of our motherland, nationality solidarity, economic development, and social stability...«
Hetmanczyk 2007 79

- Die chinesische Führung organisiert – wie jede andere Staatsführung auch – Gelegenheiten, bei denen die prinzipiell vorhandene Einigkeit von Volk und Herrschaft *zelebriert* und in ein regelrechtes *nationales Gefühlsleben* übersetzt wird. Neben den nationalen Feiertagen aus der Mao-Zeit, in denen Partei und Volk sich an ihren Kampf gegen die japanischen Besatzer und um eine sozialistische Republik erinnern, werden heute *kulturelle Traditionen* wieder besonders gewürdigt. So erfreut sich die Feier des chinesischen Neujahrs- bzw. Frühlingsfestes als Ausdruck einer alle Chinesen verbindenden Gemeinsamkeit großer Aufmerksamkeit durch Politik und Staatsfernsehen. Historische Präsentationen und Ausstellungen sorgen für eine zeitgemäße Deutung und patriotischen Stolz auf die chinesische Hochkultur und ihre Geschichte. Naturkatastrophen werden als Bewährungsproben der nationalen Solidar- und Schicksalsgemeinschaft in Szene gesetzt. Die moderne Architektur, die sich Chinas Metropolen leisten, symbolisiert wie die perfekten olympischen Sommerspiele inklusive ihrer chinesischen Goldmedaillen den Anspruch einer *modernen Weltmacht*, die inzwischen tatsächlich dabei ist, alle anderen einzuholen und zu überholen. Über solche Zeugnisse der *Macht ihres Staatswesens* freuen sich auch diejenigen Chinesen, die als Taxifahrer den »CCTV-Tower«, die Pekinger Zentrale des chinesischen Staatsfernsehens, von ihrem üblichen Stau aus betrachten können oder als Wanderarbeiter am »Vogelneß«, dem olympischen Hauptstadion, mitgebaut haben, ohne jemals genügend Geld für eine Eintrittskarte zusammensparen zu können.

Ansonsten kennzeichnet die chinesische Gesellschaft ein sehr breit vorhandenes Bewusstsein davon, dass sie momentan einen großen Aufstieg erlebt. Zwar hat die Armut in den chinesischen Dörfern dazu geführt, dass mit den viel besprochenen »Wanderarbeitern« eine Klasse rechtlich benachteiligter Chinesen existiert, die deshalb ökonomisch noch härteren Erpressungen und Zumutungen ausgesetzt ist, als es in einem »normalen« Lohnarbeitsverhältnis üblich ist – in etwa den italienischen oder türkischen »Gastarbeitern« in der Bundesrepublik vergleichbar. Aber selbst diesen Leuten stellt sich ihre schäbige Lage gewissermaßen als »noch nicht reich« dar – auch wenn sich diese Vorstellung gar nicht auf die eigene, sondern auf die *nächste* Generation bezieht. In der Zukunft ihrer Kinder haben chinesische Eltern den »guten Grund«, für den sie sich heute krumm arbeiten, wobei sie stur nach vorne sehen und sich wenig bis gar nicht darum kümmern, von welchen Rechnungen und Bilanzen, dem Aufgehen welcher ökonomischen und politischen Ansprüche ihre Zukunft abhängt. Auf dieser Basis kommt es zu einem paradoxen Resultat: Ausgerechnet in der nach westlichen Maßstäben materiell zu großen Teilen noch immer ärmlichen chinesischen Gesellschaft herrscht so etwas wie ein »Wirtschaftswunderbewusstsein« – eine weit verbreitete Aufbruchstimmung, die sich aus der Besonderheit des momentanen chinesischen Kapitalismus speist: Die Gesellschaft ist noch nicht lange bzw. nicht fest in Klassen eingeteilt und in den letzten zwei Jahrzehnten hat es keinen großen krisenhaften Rückschlag gegeben.

Das heißt nicht, dass die meisten Chinesen nichts an ihrer neuen marktwirtschaftlichen Ökonomie auszusetzen hätten. Allerdings teilen sie sich ihr Urteil fein säuberlich auf nach dem Motto »gute Seiten – schlechte Seiten«. Die Vielfalt der heute in China produzierten und prinzipiell zur Verfügung stehenden Güter – das ist sozusagen die gute Nachricht, die der Kapitalismus den Chinesen beschert und die sie im Vergleich mit der Form von Armut, die ihnen aus ihren 30 Jahren Sozialismus noch gut in Erinnerung ist, hoch schätzen. Dass man Geld (und möglichst viel Geld) braucht, um an all die schönen Dinge heranzukommen, ist als notwendiger »Sachzwang« weitgehend unbestritten – auch wenn es angesichts der in China ziemlich offen zur Schau getragenen Geldgier manch einer bedauerlich findet, dass sich »heute alles ums Geld dreht«. Als Erbe einer gerade untergehenden Zeit finden sich im heutigen China noch viele Überbleibsel des alten traditionellen wie des realsozialistischen Sozialverhaltens, in dem Gemeinschaftlichkeit mehr war als die hohle Floskel zu einer Gesellschaft, die ihre Leute in ein Verhältnis

von Konkurrenz und Gegensätzen stellt. Dass sie in ähnlichem Tempo aus dem chinesischen Alltag verschwinden wie die traditionellen Stadtviertel den neuen Geschäfts- und Wohnprojekten weichen, macht nicht nur die Alten traurig, die die »schöne neue Welt« sowieso nicht recht verstehen. Als endgültig schlechte Nachricht wird allerdings begriffen, dass der Kapitalismus Arbeitshetze und Konkurrenz am Arbeitsplatz sowie eine generell prekäre Situation aller Beschäftigten »mit sich bringt«. *Dass* und *wie* die »guten und schlechten« Seiten von *Ware, Geld und Arbeit* zusammengehören, darüber denken offensichtlich viel zu wenig der unter das Diktat marktwirtschaftlicher Verhältnisse subsumierten und jetzt mit Geldverdienen beschäftigten Chinesen nach.

Das chinesische Volk steht in seiner großen Mehrheit loyal zu seiner Führung und patriotisch zu seiner Nation – über diese Feststellung kann man sich, und zwar in sehr unterschiedlicher Hinsicht, ärgern. Die westliche Öffentlichkeit sympathisiert sehr *berechnend* mit Äußerungen von *Unzufriedenheit* gegenüber dem chinesischen Staat. *Dort*, in China, setzt man sich für arme Bauern ein, für Bürger, denen Unrecht geschehen ist, für Meinungsfreiheit, für unterdrückte Minderheiten. Mit solchen Beiträgen profilieren sich Journalisten liebend gerne, die *hier* neue EU-Agrarbeschlüsse, die Kleinbauern ihre Existenzgrundlage entziehen, mit dem Etikett »unumgänglich« belegen, die Agenda 2010 für zu rücksichtsvoll im Umgang mit »sozialen Besitzständen« halten, abweichende Meinungen grundsätzlich aus ihrer Presse und ihrem Fernsehen heraushalten und von Demonstranten immer nur das eine wissen wollen, nämlich wie sie es mit der Gewalt halten (nicht der natürlich, die über sie herrscht, sondern den Steinen, die eventuell mal die Scheibe eines Bankgebäudes treffen). Dass sich die von den marktwirtschaftlichen Reformen Geschädigten *wirklich erheben* und *jeder Art* von Staatsgewalt, die sie für ihr nationales Erfolgsprogramm benutzt, ein für alle Mal die Treue kündigen und zukünftig die praktische Gefolgschaft verweigern – das wollen all die mitleidigen, entsetzten und aufgewühlten Redakteure natürlich überhaupt nicht, weder hier noch dort.

© Renate Dillmann, *China – ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht*. 3. Aufl., Hamburg 2009

Weitere Texte zu Nation und Nationalismus: renatedillmann.de